

Weniger Arbeiten als Antwort auf Digitalisierung und Klimakrise? Makroökonomische und ökologische Effekte einer Arbeitszeitverkürzung

Einreichung für den Momentum-Kongress 2021

Stefan Ederer, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)

Eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit wird in der politischen Debatte oft als Antwort auf zwei rezente Entwicklungen gesehen, die den Druck auf dem Arbeitsmarkt potentiell erhöhen: die Digitalisierung und die Klimakrise. Während die fortschreitende Digitalisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse Arbeitsplätze und Professionen zunehmend ersetzt und zweifelhaft ist, ob im Gegenzug ausreichend neue Jobs geschaffen werden, stellt die Klimakrise das Wachstumsparadigma in Frage, das (bei einer steigenden Produktivität) bisher die Grundlage für eine konstante oder zunehmende Beschäftigung war. Wenn die vorhandene Arbeit ausgeht, so die Logik, dann muss sie besser verteilt werden, damit alle ausreichend davon haben.

Dieser einfache Zusammenhang übersieht jedoch, dass die Wirkungen einer Arbeitszeitverkürzung vielfältig sein können. Zwar erhöht sie – bei konstanter Wertschöpfung und Arbeitsproduktivität – kurzfristig die Beschäftigung; mittel- bis langfristig sind die Effekte jedoch komplizierter und durch eine Reihe wechselseitiger Wirkungskanäle bestimmt. So verschafft eine niedrigere Arbeitslosigkeit Lohnabhängigen eine bessere Verhandlungsposition gegenüber dem Kapital, was sich tendenziell in einer Verschiebung der Einkommensverteilung zu Gunsten ersterer auswirkt. Im Gegenzug erhöht ein Absinken der Profite jedoch den Anreiz für Unternehmen, die Produktivität zu erhöhen und so die ursprüngliche Verteilung wieder herzustellen. Dieser Effekt wurde schon von Marx als "technologisches Mittel des Klassenkampfes" beschrieben.

Die Einkommensverteilung hat zudem wieder Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, welche die Wachstumsrate einer Volkswirtschaft beeinflusst und somit die Beschäftigung bestimmt. Eine Verschiebung der Einkommensverteilung von Kapital zu Arbeit stärkt etwa tendenziell den Konsum, da die Sparquote von Haushalten mit niedrigen Einkommen niedriger ist als jene hoher Einkommensgruppen. Dazu kommt, dass Wachstum und Produktion die Höhe der CO₂-Emissionen (und anderer klimaschädlicher Gase) bestimmen. Wenn eine Arbeitszeitverkürzung also kurzfristig das Wachstum stimuliert, dann würde sie die Klimakrise sogar verschärfen. Höhere (kumulierte) Emissionen würden hingegen den Schaden für den gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock verstärken, so dass die Produktion und damit auch die Beschäftigung wieder abnehmen.

Diese komplexen Wechselwirkungen können nur im Rahmen eines makroökonomischen Modells untersucht werden, das neben der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Produktion auch die Verteilung, Beschäftigung, Arbeitsproduktivität, und CO₂-Emissionen enthält, und die Wirkungskanäle zwischen diesen Variablen abbildet. Mainstream-Modelle sind dafür wenig geeignet, weil sie zumeist von einem Produktionsfunktionsansatz ausgehen, in dem das Arbeitsvolumen ein Produktionsfaktor ist, der (zumindest mittelfristig) voll eingesetzt wird, und die Einkommensverteilung technisch bestimmt ist. Post-Keynesianische Makromodelle, insbesondere solche in der Tradition von Michal Kalecki und Josef Steindl, bestimmen das Wachstum hingegen nachfrageseitig und haben eine lange Tradition darin, den Zusammenhang zwischen

Einkommensverteilung und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage abzubilden. Eine kleine, aber zunehmende Zahl an wissenschaftlichen Veröffentlichungen bezieht außerdem den Arbeitsmarkt und ein endogen bestimmtes Produktivitätswachstum in solche Modelle ab. Zudem gibt es eine wachsende Literatur, in der Wechselwirkungen zwischen Makroökonomie und Emissionen im Rahmen solcher Modelle untersucht werden.

Der Beitrag baut auf zwei wissenschaftlichen Artikeln (Ederer und Rezai, 2020; Ederer et al., 2021) auf, in denen die Effekte einer Arbeitszeitverkürzung auf Wachstum, Verteilung, Beschäftigung und CO₂-Emissionen mit Hilfe der oben beschriebenen Post-Keynesianischen Modelle simuliert werden. Kurzfristig erhöht eine Arbeitszeitverkürzung in diesen Simulationen die Beschäftigung und verschiebt die Einkommensverteilung zu Gunsten der Lohnabhängigen. Mittel- bis langfristig hängt die Wirkung jedoch einerseits von der (modellendogenen) Reaktion des Produktivitätswachstums ab – also wie schnell Unternehmen in der Lage sind, technologischen Wandel als Mittel des Klassenkampfes einzusetzen. Andererseits ist sie aber auch von dem Effekt auf Nachfrage und Wachstum und damit auf die CO₂-Emissionen bestimmt. Ob eine Arbeitszeitverkürzung mittel- bis langfristig zu einer höheren Beschäftigung und/oder geringeren Emissionen führt, hängt davon ab, wie diese Kanäle zusammenspielen.

Wirtschaftspolitisch ergibt sich dadurch die Konsequenz, dass eine Arbeitszeitverkürzung zwar kurzfristig die Beschäftigung erhöht und so den Druck auf dem Arbeitsmarkt verringert, mittel- bis langfristig aber nur bedingt geeignet scheint, den volkswirtschaftlichen Kuchen gleichmäßiger zwischen Arbeit und Kapital zu verteilen. Zudem ist ihr Effekt auf das Klima ambivalent, wenn gleichzeitig keine anderen Maßnahmen zur Emissionsreduktion getroffen werden.

Literatur

Ederer, S., Rezai, A., Labour markets in a Post-Keynesian growth model: the effects of endogenous productivity growth and working time reduction, WIFO Working Papers, 598, 2020.

Ederer, S., Rezai, A., Strunk, B., Policy options for employment and sustainability – A macroeconomic perspective on Degrowth, in Arbeit, erscheint 2021.